

Neudruck

Antrag

der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

Solidarität mit den Beschäftigten bei Bombardier Transportation in Hennigsdorf

Der Landtag stellt fest:

Ende Oktober kündigte der Konzern Bombardier an, bis Ende 2018 weltweit 7.500 Stellen abbauen zu wollen, davon allein 5.000 Stellen in der Bahntechniksparte. Von dem geplanten Stellenabbau könnte der Standort von Bombardier Transportation in Hennigsdorf nun massiv betroffen sein. Nach Einschätzung des Gesamtbetriebsrates von Bombardier soll die Serienproduktion von Zügen bis Ende 2018 in Hennigsdorf eingestellt werden.

Bereits im Februar hatte Bombardier in einer ersten Sparrunde angekündigt, 1.400 Stellen streichen zu wollen. In Hennigsdorf sollten nach diesen Plänen bis zum Jahresende 270 Stellen abgebaut werden. Dies könnte laut Betriebsrat ohne Entlassungen umgesetzt werden. Der nun im Raum stehende Arbeitsplatzabbau bei Bombardier in Hennigsdorf stellt einen radikalen Einschnitt in der Bahntechniksparte in Hennigsdorf dar. Durch eine Einstellung der Produktion von Zügen in Hennigsdorf würden dem Standort und der Region wertvolle Kernkompetenzen verloren gehen. Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg gehört zu den international führenden Standorten der Schienenverkehrstechnik.

Der Landtag Brandenburg teilt die Verunsicherung und die Ängste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Bombardier Transportation in Hennigsdorf und erklärt sich solidarisch mit den Beschäftigten in ihrem Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die Stärkung und Sicherung von industriellen Standorten gehört genauso wie die Förderung von Forschung und Entwicklung zu den zentralen Säulen der Wirtschaftspolitik des Landes Brandenburg.

Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, weiterhin das Gespräch mit der Konzernleitung von Bombardier zu suchen, und unterstützende Maßnahmen zur Sicherung des Produktionsstandortes und den Erhalt von Arbeitsplätzen in Hennigsdorf zu prüfen bzw. anzubieten. Dabei ist zu prüfen, inwieweit Berlin miteinbezogen werden kann.

Mike Bischoff
für die SPD-Fraktion

Ingo Senfleben
für die CDU-Fraktion

Ralf Christoffers
für die Fraktion DIE LINKE